

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/32

17. Februar 1975

Kein Zweifel an unserer demokratischen Integrität

Stop für die konservativen Verfehmungsversuche gegen  
die SPD

Von Herbert Wehner MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der sozial-  
demokratischen Bundestagsfraktion

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Die "Recklinghäuser Erklärung"

SPD dokumentiert Geschlossenheit und Kampfeswillen

Seite 3 / 48 Zeilen

SPD-Medienpolitik muß offensiv werden

Meinungs- und Informationsfreiheit steht auf dem Spiel

Von Wilhelm Dröcher MdL

Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der Ge-  
schäftskommission beim SPD-Vorstand

Seite 4 und 5 / 86 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Grundsätze für die Tätigkeit der SPD-Arbeitsgemein-  
schaften

Seite 6 bis 8 / 106 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckerl

5300 Bonn 12, Hauesallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 32 80 37 - 38  
Telex: 69 86 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Kein Zweifel an unserer demokratischen Integrität

Stop für die konservativen Verfehmungsversuche gegen die SPD

Von Herbert Wehner MdB

Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender  
der sozialdemokratischen Bundestagefraktion

Die Bemühungen der sich als "Rote Armee Fraktion" bezeichnenden Gefolgschaft der Terroristen Baader, Meinhof und Konsorten, durch Sabotage gegen die Justizorgane und durch Anschläge gegen Menschen und Institutionen Ausschreitungen zu entzünden und sowohl Angst als auch erstarrendes Entsetzen zu erzeugen, dürfen nicht als Episode betrachtet oder behandelt werden. Die Ausschreitungen um Ostern 1968 haben der CDU seinerzeit erwünschten Zulauf erbracht. Jetzt wird es sich zeigen, wie sehr die Debatten um die gesetzlich-rechtsstaatlich zu regelnde Frage des Verbleibens oder der Einstellung von Extremisten im öffentlichen Dienst, die aufgrund einer Regierungsvorlage und einer mit ihr konkurrierenden Vorlage aus dem Bundesrat aktuell geworden ist, belastet werden durch die im Zusammenhang mit den Baader-Meinhof-Ausschreitungen sich entzündenden Stimmungen.

Dabei geht es - wie der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag deutlich zu machen beliebte - nicht "einfach" mehr um "Kommunisten", sondern da wird schon "der Marxist" so und so in das unter Beschuß zu nehmende Gehege gebracht. Es beginnt erneut der Versuch, unter den Sammelbezeichnungen "Kommunisten", "Radikale" und "Marxisten" Zielscheiben für eine breit gefächerte Verfehmungskampagne zu stellen. Die Sozialdemokraten sollen dabei genötigt werden, wenn schon nicht mit den Wölfen zu heulen, so doch ängstlich beiseite zu treten, in Deckung zu gehen.

Die Sozialdemokraten können nicht als "Kommunisten" oder mit ihnen Sympathisierende verfehmt werden. Sie sind aber auch nicht dazu da, in irgendwelchen "Komitees" mit "Kommunisten" oder deren Sympathisanten sich für die demokratische Integrität der "Kommunisten" zu engagieren. Doch sind sie auch nicht dazu da, sich an "Kommunisten"-Verfolgungen zu beteiligen. Die Auseinandersetzung der Demokraten, zu denen die Sozialdemokraten gehören, mit den verschiedenen Spielarten der "Kommunisten" soll mit den Mitteln der Politik geführt und dabei muß die Überlegenheit der demokratischen Regeln und Verhaltensweisen gegenüber denen der "Kommunisten" erwiesen werden (was bisher die Wahlkämpfe bewiesen haben).

Terroristen, gleichviel wie sie sich selbst firmieren, gehören entsprechend ihrem Verhalten hinter Schloß und Riegel. Polizei und Justizorgane verdienen beim Erfüllen ihrer Pflichten die Unterstützung aller demokratisch gesinnten Bürger.

Spione gegen unseren demokratischen Staat, gleichviel welche "weltanschaulichen" Motive sie bewegen oder sie sich zulegen, sind durch die Sicherheitsorgane aufzuspüren und den Gerichten zuzuführen.

Doch weder eine Terroristen- noch eine Spione-Hysterie paßt in unsere demokratische Landschaft. Auch nicht unter Sammelbezeichnungen wie "Kommunisten" oder - neuerdings - "Marxisten".

Die Sozialdemokraten werden hierbei auf eine schwere Probe gestellt. Sie haben weder zu verharmlosen noch zu verklären, was Terroristen und Spione unserem demokratischen Gemeinwesen an Schaden zufügen. Dazu gehört übrigens auch der Schaden, daß reaktionäre Scharfmacher die Gelegenheit nützen, Unsicherheitsgefühle, die in Angst und schließlich in Rufe nach der eisernen Faust umschlagen oder einmünden, zu entfachen. In Fragen der inneren Sicherheit haben SPD und FDP Verdienste, sie verdienen alles andere als Verdächtigung und Schelte. Wir haben uns ihrer auch nicht zu schämen.

Die Kommunisten, die in manchen ihrer Spielarten in Betrieben und Gewerkschaften um Resonanz werben und die an manchen Hochschulen Anklang gefunden haben, verdienen als Parteienplitter oder "Gruppen" weder Sympathie noch Unterstützung von Sozialdemokraten. Aber die Sozialdemokraten müssen darauf achten, daß sogenannter "Anti-Kommunismus" nicht sie selbst trifft oder in einen Sog zieht. Militanter "Anti-Kommunismus" kann ein Gemeinwesen ebenso entdemokratisieren, wie obeliegende Kommunisten es zu tun gewöhnt sind.

Sozialdemokraten und solche, die sich als Sozialisten verstehen, müssen hellwach sein, wenn der Versuch gemacht wird, sie einzuverleiben, sei es in die eine, sei es in die andere "Front". Und wenn versucht wird, die regulären Beziehungen unseres Staates zu von einer kommunistischen Partei regierten Staaten gleichzusetzen mit angeblicher Anfälligkeit für Kommunisten, so haben wir dem zu widerstehen. Sozialdemokraten haben sich weder dafür zu entschuldigen, daß in Staaten, mit denen wir so normal wie mögliche Beziehungen unterhalten, kommunistische Parteien regieren, noch jene regierenden Parteien anders zu behandeln als es unter Partnern von Verträgen Sitte ist.

In der Streitfrage des mißdeutend so genannten "Radikalen"-Erlasses, die in Wirklichkeit die Frage nach dem Selbstverständnis und der Selbstachtung der Demokraten ist, verläuft der Schnitt nicht nur zwischen SPD und FDP einerseits und CDU/CSU andererseits. Er macht sich bemerkbar in oder zieht in Mitleidenschaft auch SPD und FDP. Es wäre falsch, die Gegensätze oder Unterschiede als Gegensätze zwischen "Gut" und "Böse", zwischen "Demokraten" und "getarnten Feinden" zu bewerten. Es ist viel komplizierter.

Die SPD hat in ihrem Parteitagbeschluss von Hannover einen guten Ausgangspunkt für die Regelung der Streitfrage. Sie muß nur selbst darauf achten, daß aus dieser Streitfrage nicht ein Dauerbrenner wird wie Jahre hindurch die sogenannte Notstands-Frage, in der die SPD es sich schwerer gemacht hatte, als nötig gewesen wäre, ihre von Anfang an gegen die Allmachtsansprüche für die "Exekutive" gerichteten eigenen Forderungen und Vorschläge in ihren eigenen Reihen so verständlich zu machen, daß kein Zweifel an der demokratischen Integrität der eigenen SPD ihre Handlungsfähigkeit hätte schwächen oder erschüttern können. (-/17.2.1975/bqy/pr)

+ + +

(cc: "Sozialdemokrat"/München)

### Die "Recklinghäuser Erklärung"

---

#### SPD dokumentiert Geschlossenheit und Kampfeswillen

Der "Recklinghäuser Erklärung" vom 17. Februar 1975 wird von der Führung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine wichtige Aufgabe zugemessen, die nicht allein von den bevorstehenden Landtagswahlen bestimmt ist, wenngleich diese natürlich ganz vorne im Blickfeld zu suchen sind. Die Partei gibt sich mit der "Recklinghäuser Erklärung" insgesamt sozusagen einen Ruck, um nach innen und nach außen ihre festgefugte Geschlossenheit und ihren ungebrochenen Kampfesmut zu demonstrieren. Die SPD stützt sich bei der von ihr jetzt angestrebten Mobilisierung aller Kräfte im Ringen um das Vertrauen der Bundesbürger auf ihre großen Leistungen als führende Regierungspartei, auf die vitale Funktionsfähigkeit der Bundesregierung unter dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Helmut Schmidt und auf eine schlagkräftige Organisation, die von dem Willen beseelt ist, die eingenommenen Positionen nicht nur zu halten, sondern auch zu verfestigen und weiter auszubauen.

Die "Recklinghäuser Erklärung" ist zugleich der Nachweis für den bewußten Realismus der SPD, die sich nicht scheut, ihre bisherigen Fehler und Schwächen einzugestehen, die aber zugleich in knappen Sätzen und klaren Worten sagt, was getan werden muß, damit die Aufbauarbeit der Bundesregierung gesichert fortgesetzt werden kann. Die Probleme vor allem im wirtschaftlichen Bereich werden in der "Recklinghäuser Erklärung" in der notwendigen Deutlichkeit angesprochen, wobei die Aufgabe, die vorhandenen Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, als erstrangig nach vorne gerückt wird. Die "Recklinghäuser Erklärung" fügt alle Aspekte zu einer einheitlichen Aussage zusammen und ermöglicht es so dem Bundesbürger, die Position der SPD ohne Wenn und Aber zu erkennen und zu würdigen.

Die "Recklinghäuser Erklärung" als die Manifestation des Willens der SPD, geschlossen hinter ihrer Regierung unter Helmut Schmidt zu stehen und sie überall und immer zu stützen, ist aber außerdem die harte Kampfansage gegen die Unions-Parteien. Die SPD wird nichts unterlassen, um dem Bundesbürger und Wähler verständlich und begreifbar zu machen, daß die CDU/CSU in ihrem gegenwärtigen, der Rivalität von Interessengruppen ausgelieferten Zustand einfach nicht regierungsfähig ist, daß sie zu den klaren und realitätsbezogenen Leistungsplänen der Regierung und der Koalition keine brauchbaren Alternativen hat, und daß sie Politik und politischen Kampf durch wilde Demagogie, bloß Agitation und verantwortungslose Verunsicherungskampagnen ersetzt.

Die "Recklinghäuser Erklärung" ist eine Kampfansage. Hinter ihr steht eine Partei, die in den nächsten Wochen und Monaten zeigen wird, daß sie kämpfen kann: offensiv und mit dem Willen zum Erfolg.

(ee/17.2.1975/bgy/ee)

+ + +

SPD-Medienpolitik muß offensiv werden  
-----

Meinungs- und Informationsfreiheit steht auf dem Spiel

Von Wilhelm Dröschner MdL

Mitglied des SPD-Präsidiums und Vorsitzender der  
Geschäftskommission beim SPD-Vorstand

Die Massenmedienkommission beim Parteivorstand der SPD hatte am 14. Februar in Bonn zum ersten Mal Gelegenheit, sich mit den Argumenten und Forderungen der Betriebsräte aus den sozialdemokratischen Druck- und Verlagsunternehmen auseinanderzusetzen.

Die SPD-Betriebe leiden ebenso wie die anderen Presse- und Zeitungshäuser unter dem in der Presse leider üblichen Verdrängungswettbewerb und dem wachsenden Kostendruck. Sie sind bis auf eine einzige Ausnahme in ihren Bereichen nicht Marktführer, sondern werden geradezu zur Kooperation mit anderen Verlagen gezwungen. Die Alternative dazu hiesse nur: Betriebsastilllegung mit der Folge von Massenentlassungen.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Ursachen für die heutige Situation in einer aus der Tradition und aus dem engen Eingebundensein in die örtliche Parteiorganisation und daher unzureichenden und zum Teil am Markt vorbeigleitenden Wirtschafts- und Unternehmenspolitik liegen, aus denen endlich die notwendigen Konsequenzen gezogen werden müssen.

Ein Arbeitskreis der Betriebsräte in sozialdemokratischen Druck- und Verlagsunternehmen hatte sich im Sommer 1974 in Köln mit dem Ziel gegründet, die programmatischen Forderungen der Gesamtpartei in den eigenen Unternehmen zu verwirklichen. Wenn die Betriebsräte in die Lage versetzt sein sollen, aktiv und verantwortungsvoll an der Politik der Unternehmen mitzuarbeiten und die Interessen der Belegschaft wahrzunehmen, dann müssen sie Einblick in die wirtschaftlichen Geschehnisse erhalten. In den vergangenen Jahren wurden häufig Modelle und Vorschläge zur Verbesserung der Unternehmenspolitik vorgelegt, mit denen bisher allerdings nicht viel erreicht wurde. Im Gegenteil: In Einzelfällen wurden von Seiten der Geschäftsleitungen wie etwa beim Hamburger Auerdruck große Fehlinvestitionen getätigt und eine Unternehmenspolitik getrieben, die nicht zu der notwendigen offensiven Wirtschaftskonzeption führte. Die in der Partei Verantwortlichen sehen sich deshalb dem Druck der Öffentlichkeit ausgesetzt, die die bei so empfindlichen Unternehmen üblichen, unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen notwendigen schnellen Entscheidungen als "Nacht- und Nebelaktionen" verurteilt, weil sie den Prinzipien der sozialdemokratischen Partei für das Verhältnis von Unternehmen und Mitarbeitern widersprechen. Andererseits sind die Verantwortlichen aufgrund der teilweise desolaten Situation der Unternehmen zu blitzschnellen Operationen gezwungen, mit denen der Versuch unternommen wird, zu retten, was noch zu retten ist. Die Partei befindet sich damit in einem

ständigen Zwiespelt und wird zudem in der Öffentlichkeit unglaubwürdig.

Die Frage stellt sich deshalb, ob es wirklich sinnvoll ist, daß die verbliebenen Restbetriebe in der gegenwärtigen Form überhaupt noch im Besitz der Partei bleiben sollen. Man muß deshalb vielmehr überlegen, ob nicht neue Formen der Verlagskonstruktion gefunden werden müssen. Denkbar wären Stiftungen oder genossenschaftliche Modelle, in deren Gremien auch die Mitarbeiter und deren gewerkschaftliche Vertreter sitzen müssen. Momentan existieren manche Mißverständnisse zwischen den jeweiligen Geschäftsführungen und den Betriebsräten der Unternehmen. Weil selbst mit Einführung der paritätischen Mitbestimmung in der SPD-Presses-Holding "Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH" die wirtschaftliche Situation der Parteiunternehmen nicht allein verbessert werden kann, soll demnächst ein Seminar zwischen den Mitgliedern der Geschäftskommission beim Parteivorstand der SPD und den Betriebsräten durchgeführt werden mit dem Ziel, Modelle zur Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Belegschaft und Geschäftsführungen zu entwickeln.

Allen Verfechtern der Vielfaltthese sei jedoch bereits jetzt gesagt: Auch die SPD-Medienpolitik und insbesondere die Presse- und Verlagspolitik in den eigenen Unternehmen muß Abschied nehmen von wünschbaren Modellen und Zielen, die finanzielle Mittel voraussetzen, die heutzutage von niemandem, auch nicht von der SPD, getragen werden können. Die kumulierende Wirkung von Anzeigenrückgang und gestiegenen Preisen, insbesondere auf dem Papiersektor, hat überall zu einer Explosion der Defizite und zu notwendigen Rationalisierungsmaßnahmen geführt. Dies enthebt die Kapitaleigner und so auch die SPD aber nicht der Pflicht, die abhängig Beschäftigten in den wirtschaftlichen Fragen rechtzeitig und permanent zu informieren und mit ihnen zusammen Lösungsmöglichkeiten der anstehenden Probleme zu finden. Dies haben wir entgegen anderslautenden Behauptungen in Hannover auch getan.

Doch das neue Modell in Hannover soll auch ein weiterer Anfang für die SPD-Pressespolitik sein. Die Konzeption in Hannover ist ein Beitrag zur partiellen Selbsthilfe der Presse und ein Beitrag zur Aufrechterhaltung der lokalen Meinungsvielfalt. Damit verbunden sein müssen wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen für die Zweitzeitungen und von Konzentrationsprozessen bedrohte Verlagshäuser. Dazu sollte die Massenmedienkommission beim Parteivorstand Vorschläge entwickeln, wie sie das zur publizistischen und betrieblichen Mitbestimmung und zur Medienkonzentration getan hat.

Die Medienpolitiker in der SPD sind in die Defensive geraten. Deshalb muß die SPD alles tun, um ihre eigenen Zielsetzungen in dem wirtschaftlich von ihr zu beeinflussenden Raum beispielhaft durchzusetzen, ohne daß sie gleich selbst die Ursachen zum wirtschaftlichen Scheitern liefert. Dann wird der Partei das Odium der Unglaubwürdigkeit genommen und eine Ausgangsposition und Plattform geschaffen, von der aus eine Medienpolitik für die abhängig Beschäftigten in uns nahestehenden und in fremden Unternehmen möglich ist und offensiv vorgetragen werden kann. Dabei muß uns vor allen Dingen die sozialdemokratische Bundestagefraktion unterstützen wie auch die Bundesregierung, denn es steht die Meinungsausdrucks- und Informationsfreiheit des Bürgers in der Bundesrepublik auf dem Spiel.

Medienpolitik im besonderen ist immer Wirtschafts- und Unternehmenspolitik, aber auch Mitbestimmungspolitik, die für die Beschäftigten in den Unternehmen gemacht wird und die sich von dem Gedanken leiten lassen muß, Arbeitsplätze zu erhalten und zu sichern.

(-/17.2.1975/ka/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Grundsätze für die Tätigkeit der SPD-Arbeitsgemeinschaften

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am 1. Februar 1975 gemäß § 10 des Organisationsstatuts der SPD folgende "Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der SPD" beschlossen, die die bisherigen Grundsätze vom 21. Februar 1972 ablösen. Der Parteirat der SPD hat die neuen Grundsätze am 16. Februar 1975 zur Kenntnis genommen.

I. Abschnitt

1/ Die Arbeitsgemeinschaften sollen besondere Aufgaben in Partei und Öffentlichkeit wahrnehmen. Sie sind auch Beratungsgremien für die Vorstände der Partei. Ihre Aufgaben werden vom Parteivorstand mit den Vertretern der einzelnen Arbeitsgemeinschaften festgelegt.

2/ Die Kompetenz zur Beschlußfassung über Bildung und Widerruf einer Arbeitsgemeinschaft sowie die Beschlußfassung über die Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften liegt allein beim Parteivorstand. Die Gliederungen der Partei sind an die vom Parteivorstand beschlossenen Grundsätze und die auf ihrer Grundlage ergangenen Richtlinien, soweit sie vom Parteivorstand genehmigt sind, gebunden.

3/ Die Arbeitsgemeinschaften sind unselbständige Teile der Partei. Sie sind keine Gliederungen im Sinne des Organisationsstatuts. Sie sind keine Organe der politischen Willensbildung - entsprechend der Rolle der Organisationsgliederungen - im Sinne des Organisationsstatuts.

Die jeweils zuständigen Vorstände der Partei sind dafür verantwortlich, daß sich die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in ihrem Organisationsbereich im Rahmen der Statuten, Grundsätze und Richtlinien hält. Das gilt für den Parteivorstand ebenso wie für die Vorstände aller Gliederungen der Partei; sie alle haben gegenüber ihrer Mitglieder- oder Delegiertenversammlung nach Ablauf ihrer Amtszeit auch hierüber politische Rechenschaft abzugeben.

Die Parteiorganisation ist gehalten, die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften nach besten Kräften zu fördern.

4/ Die Arbeitsgemeinschaften erheben keine Beiträge. Soweit sie materielle und finanzielle Zuwendungen erhalten, müssen diese Mittel im Ein-

verständnis mit den zuständigen Vorständen der Partei verwendet werden.

5/ Die Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgemeinschaften erfolgt im Einvernehmen mit den zuständigen Vorständen der Partei. Ein Verstoß hiergegen stellt gleichzeitig einen Verstoß gegen die Ordnung der Partei dar.

Öffentlichkeitsarbeit der Arbeitsgemeinschaften ist die Abgabe von Erklärungen und Stellungnahmen, die im Namen von oder unter Berufung auf Arbeitsgemeinschaften erfolgt, die Durchführung von Pressekonferenzen, die Herausgabe von Publikationen und periodisch erscheinenden Druckchriften auch innerhalb der Organisation, die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen und Konferenzen sowie Kontakte zu anderen Verbänden und Organisationen.

Einvernehmen in der Öffentlichkeitsarbeit bedeutet, daß die zuständigen Vorstände der Partei das Recht haben, Erklärungen und Handlungen von Arbeitsgemeinschaften, deren Organen und Funktionären, mit denen diese Arbeitsgemeinschaften nach außen wirksam werden, zu untersagen.

Zur Erfüllung ihrer Pflichten stehen den Vorständen die durch die Statuten und die Grundsätze an die Hand gegebenen Mittel zur Verfügung.

6/ Der innere Aufbau und die Gliederung entsprechen dem Aufbau der Partei.

7/ Jeder Vorstand der Partei hat hinsichtlich der Arbeitsgemeinschaften in seinem Bereich das Recht, eine außerordentliche Mitgliederversammlung oder Delegiertenversammlung der Arbeitsgemeinschaften einzuberufen und in dieser Versammlung Anträge zu stellen und zu begründen. Dazu gehört auch das Recht, die Abberufung von Funktionären der Arbeitsgemeinschaften nach § 9 der Wahlordnung zu beantragen. Die Entscheidung darüber liegt in der Versammlung der Arbeitsgemeinschaften; dem Vorstand ist selbstverständlich das Recht unbenommen, gegen einen in einem solchen Fall bestätigten Arbeitsgemeinschaftsfunktionär ein Parteiordnungsverfahren zu beantragen oder sogar eine Sofortmaßnahme nach § 18 der Schiedsordnung über den zuständigen Bezirksvorstand zu erwirken.

8/ Die Arbeitsgemeinschaften sind verpflichtet, die Wahl ihrer Vorstände und Vertrauensleute den zuständigen Vorständen der Partei innerhalb von vier Wochen anzuzeigen. Diese prüfen, ob die Wahl ordnungsgemäß erfolgt ist. In begründeten Fällen können sie gegen die Wahl Einspruch erheben. Die Wahlen regeln sich entsprechend der Wahlordnung.

9/ Die Teilnahme von Personen, die nicht Mitglieder der Partei sind, an der Arbeit der Arbeitsgemeinschaften ist auf Beschluß der Arbeitsgemeinschaften möglich. Antragsrecht, Stimmrecht, aktives und passives Wahlrecht

in den Arbeitsgemeinschaften stehen nur Parteimitgliedern zu.

10/ Die Arbeitsgemeinschaften fassen Beschlüsse, die im Rahmen ihrer besonderen Aufgaben liegen. Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaften - gleich auf welcher Ebene sie gefaßt sind - haben keine Verbindlichkeit im Sinne der Verpflichtung der Parteimitgliedschaft.

Beschlüsse von Arbeitsgemeinschaften können Beschlüsse von Parteitag und Parteigremien weder aufheben noch einschränken.

Ein Parteimitglied, das in einer Arbeitsgemeinschaft mitwirkt, kann sich auf keiner Organisationsebene auf Beschlüsse von Arbeitsgemeinschaften berufen, die zu Beschlüssen einer Parteigliederung in Widerspruch stehen.

11/ Beschlüsse von Arbeitsgemeinschaften, die eine Kandidatur von in der Arbeitsgemeinschaft Mitwirkenden davon abhängig machen, daß die jeweilige Basisgliederung der Arbeitsgemeinschaften dieser Kandidatur zustimmt, verstoßen gegen §§ 5 und 2 des Organisationsstatuts der SPD und sind daher nichtig.

12/ Beschlüsse von Arbeitsgemeinschaften, in denen diese ihre Eigenständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber der Gesamtpartei artikulieren, verstoßen gegen innerparteiliche Normen und sind daher nichtig.

13/ Die Arbeitsgemeinschaften geben sich Arbeiterichtlinien, die der Genehmigung des Parteivorstandes bedürfen. Die Arbeiterichtlinien müssen für alle Gliederungsebenen verbindliche Mitgliedschaftskriterien und Grundsätze für die Delegation festsetzen.

14/ I. Abschnitt Ziffern 1-13 gelten für die Arbeitsgemeinschaften: Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD.

## II. Abschnitt

Für die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Ärzte und Apotheker, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Bundesarbeitsgemeinschaft für Städtebau und Wohnungspolitik gilt Abschnitt I mit Ausnahme der Ziffern 6 sowie 13, Absatz 2.

Daneben gilt: Die Bildung der Arbeitsgemeinschaft in den Organisationsgliederungen bedarf der Beschlußfassung durch den jeweils zuständigen Bezirks- oder Landesvorstand der Partei. Der Beschluß ist widerrufbar.  
(-/17.2.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller